BD / Motion SVP-Fraktion / CVP-GLP-Fraktion / FDP-Fraktion vom 23. April 2018

Planungs- und Baugesetz: Handlungsspielraum der Gemeinden stärken

Antrag der Regierung vom 15. Mai 2018

Gutheissung mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird ~~entsprechend~~ eingeladen, ~~Nachträge~~ einen Nachtrag zum Planungs- und Baugesetz vorzulegen. ~~Mit dem ersten soll es den~~ Den Gemeinden soll es ermöglicht werden, sich im Rahmen der vom Bundesrecht und vom kantonalen Richtplan vorgegebenen Leitplanken mittels Teilzonenplänen zu entwickeln, bevor der Zonenplan und das Baureglement gesamthaft an das PBG angepasst sind. ~~Mit dem zweiten Nachtrag soll Art. 90 PBG so überarbeitet werden, dass eine kostengünstige und praktikable Festlegung der Gewässerräume gewährleistet ist.~~»

Begründung:

Der Bundesrat hat den überarbeiteten kantonalen Richtplan, Teil Siedlung, am 1. November 2017 genehmigt. Die massgebenden Rahmenbedingungen für Neueinzonungen und Umzonungen sind dadurch namentlich auch für die Wohn- und Mischzonen geklärt. Durch ein weiteres Zuwarten sind hinsichtlich der Praktikabilität der Übergangsbestimmungen des PBG keine zusätzlichen Erkenntnisse zu erwarten. Vor diesem Hintergrund ist die Regierung gemäss ihrer Antwort auf die Interpellation 51.17.23 bereit, die Übergangsbestimmungen im PBG mit einem Nachtrag anzupassen. Im Resultat sollen sich die Gemeinden mittels Teilrevisionen auch bei den Wohn- und Mischzonen weiterentwickeln können, bevor sie die gemäss PBG anstehende Totalrevision ihrer Ortsplanungen umgesetzt haben.

Der von den Motionären geforderte zweite Nachtrag zur Vorschrift über den Gewässerraum und den Gewässerabstand (Art. 90 PBG) erachtet die Regierung dagegen zumindest als verfrüht. Es ist unbestritten, dass die diesbezügliche Bundesgesetzgebung mit vielen Umsetzungsproblemen behaftet ist. Zahlreiche Kantone haben aber in den letzten Jahren mit elaborierten und zunehmend auch untereinander harmonisierten Arbeitshilfen damit zu leben gelernt. Auch der Kanton St.Gallen wird den Gemeinden, wie im Kreisschreiben vom 5. Dezember 2017 angekündigt, bis Mitte 2018 eine auf die Erfahrung in anderen Kantonen abgestützte Arbeitshilfe zur Verfügung stellen. Der politische Handlungsbedarf auf kantonaler Ebene hat sich in jedem Fall in jüngster Zeit entschärft. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob das verschiedentlich geforderte Rückkommen auf die vom Kantonsrat verworfene Einführung eines kantonalen Bauabstands zum Gewässerraum zweckmässig ist. Angesichts der sich in eine andere Richtung entwickelnden Arbeitshilfen erscheint dieser Lösungsweg vielmehr zusehends als heikel. Es bleibt auch unsicher, ob das Bundesgericht eine solche St.Galler Speziallösung als bundesrechtskonform beurteilen würde.

Die von der Regierung vorgeschlagene strikte Beschränkung der ersten Teilrevision des PBG auf das formelle Übergangsrecht erlaubt es zum einen, ein insbesondere für die grösseren Städte im Kanton St.Gallen in den kommenden Jahren vordringliches Problem gezielt zu lösen. Zum anderen eröffnet sich dadurch im Hinblick auf eine spätere materielle Teilrevision des PBG die Möglichkeit, mit dem neuen Recht ausreichend praktische Erfahrungen zu sammeln und daraus mit Bedacht die notwendigen gesetzgeberischen Lehren zu ziehen. Dies gilt nicht zuletzt für die zur Vorschrift über den Gewässerraum und Gewässerabstand aufgeworfenen Fragen.